



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Alten Hansestadt Lemgo

Fraktionssprecher: Dr. Burkhard Pohl
Tel. 05261-934088
Fax: 05261-934077
Mail: gruene@lemgo.de
www.gruene-lemgo.de

An den Vorsitzenden
des Haupt- und Finanzausschusses
Herrn Bürgermeister
Dr. Reiner Austermann

Fraktionsgeschäftsführung: Petra Arndt
Tel. 05261-988082

Lemgo, den 19.11.2009

Antrag auf Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Integration

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle Integration“ bzw. eines/r Integrationsbeauftragten. Die Position wird als Vollzeit-Stelle ausgeschrieben und ist als Stabsstelle beim Bürgermeister angesiedelt. Die Finanzierung erfolgt innerhalb des Personalkostenbudgets oder durch Fördermittel. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Stellenprofil zu entwickeln, die Ausschreibung vorzubereiten und beides im Haupt- und Finanzausschuss abzustimmen.

Begründung

Integration ist eine Querschnittsaufgabe für die Einwanderungsgesellschaft

Integration ist eine Schlüsselaufgabe kommunaler Arbeit im Einwanderungsland Deutschland. Dies hat die Landesregierung NRW betont und im Jahre 2005 das deutschlandweit erste Ministerium für Integrationsfragen eingerichtet und Förderprogramme auf den Weg gebracht. „Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte müssen gemeinsam durch vorbildliches Zusammenwirken die Zukunft von Nordrhein-Westfalen gestalten“, so der Integrationsbeauftragte des Landes Thomas Kufen.

Am 10.11.09 fand in Lemgo der 3.Integrations-Kongress OWL statt. Dort wurde die Bedeutung der kommunalen Integrationsarbeit unterstrichen. Der Kreis Lippe sowie die Städte Detmold und Bad Salzuflen haben Integrationsbeauftragte und Koordinierungsstellen eingerichtet. Detmold hat ferner im Zusammenwirken von 79 Institutionen und Vereinen ein umfassendes Integrationskonzept erstellt. Dort wurde gezeigt, wie wichtig und ertragreich das Aufeinander-Zugehen aller Beteiligten ist.

Lemgo braucht neue Impulse zur Integration

Die interkulturelle Gesellschaft ist eine Herausforderung und Chance zugleich. Der Lemgoer Demografiebericht vom Januar 2009 stellt fest: In Lemgo leben mind. 17% Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern aus Einwanderungsfamilien liegt unter dem Landesschnitt. Der Demografiebericht fordert daher: „Alle Jungen und alle Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund müssen in den allgemein bildenden Schulen in Lemgo stärker gefördert werden“ (S.22). Eine hohe Zahl unzureichend ausgebildeter Bürgerinnen und Bürger sind eine Hypothek für die Zukunft. Stadt und Politik müssen Integration als

städtische Aufgabe organisieren, so wie es andere lippische Kommunen und der Kreis bereits getan haben. Die vielfältigen Aufgaben im Bereich Migration und Integration dürfen nicht länger Beiwerk sein, sondern müssen zentral gebündelt werden.

Dabei ist klar: Integration ist keine Einbahnstraße, sondern bedarf der aktiven Mitwirkung aller Beteiligten. Einerseits stehen Migrantinnen und Migranten selbst in der Verantwortung (z.B. beim Spracherwerb), andererseits müssen Kommune und die Mehrheitsgesellschaft aktiv auf die Zielgruppen zugehen und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Die Koordinierungsstelle Integration erfüllt hier eine Schlüsselfunktion.

Vernetzen – Koordinieren – Beraten

Das Ziel ist die Schaffung einer nachhaltigen Struktur für die Integrationsarbeit.

Inhaltliche Schwerpunkte sollen die Bereiche Sprache, Bildung und Zusammenleben sein. Dabei liegt der Akzent auf der Koordination der vielfältigen Bereiche, Programme und Akteure – dem trägt die vorgeschlagene Namensgebung Rechnung.

Die Koordinierungsstelle **vernetzt die Akteure** in Verwaltung, Politik, Religionsgemeinschaften, Migrantenorganisationen, Stadtteilarbeit, Verbänden, Schulen und Vereinen. Diese Vernetzung ist im Demografiebericht (S.78) explizit angemahnt. Der/die Koordinator/in ist ferner Ansprechpartner/in für die Bildungsträger im Bereich der Sprachförderung. Auch dies entspricht einer Forderung des Demografieberichts (ebda.).

Wesentlich ist der Kontakt zu den Migrantenselbstorganisationen. Die Stelle **koordiniert und berät die Multiplikatoren** und trägt so die Integrationsarbeit in die Gemeinschaften hinein. Dies betrifft die Information und Koordination von Sprachkursangeboten, die Teilnahme an Integrationskursen, die Organisation und Information über kulturelle Aktivitäten sowie die Vermittlung zwischen Behörden und Neubürgerinnen und -bürgern.

Die Koordinatorin/Der Koordinator organisiert federführend die Erstellung eines „**Lemgoer Integrationskonzeptes**“ unter Beteiligung aller Akteure. Für die erfolgreiche Integrationsarbeit müssen Angebote und Maßnahmen geschaffen und vorhandene Maßnahmen gezielt abgestimmt werden.

Die Koordinatorin/Der Koordinator **wirbt Fördermittel aus den derzeit vorhandenen Programmen ein** und bringt so lokale Integrationskonzepte voran. Darüber hinaus berät er/sie die diversen Anbieter (Sozialarbeit, Bildungsarbeit,...) über Förderprogramme und stellt Kontakte zu Kooperationspartnern her. Im Bereich des öffentlichen Dienstes organisiert die Koordinierungsstelle Fortbildungen z.B. in interkultureller Kompetenz.

Schließlich ist die Koordinierungsstelle für ein **Monitoring** der Fortschritte in der Integrationsarbeit verantwortlich.

Die neu einzurichtende Stelle ist direkt beim Bürgermeisteramt angesiedelt. Sie verzahnt die Stadtteilarbeit mit Politik und Verwaltung, während die konkrete fachliche Arbeit weiter durch die Sozialarbeit vor Ort ausgeführt wird. Dabei sollten auch Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements angeregt werden. Ergänzend wird die Einrichtung einer Steuergruppe „Integration“ angestrebt.

Angesichts der prekären Haushaltslage soll die Finanzierung der Stelle möglichst kostenneutral geschehen. Hier können verfügbare Kapazitäten in der Verwaltung umgewidmet und herangezogen werden. Die Mitarbeiter/innen sollen durch spezielle Fortbildungen auf die neuen Aufgaben vorbereitet werden. Hier sind die Erfahrungen anderer ostwestfälischer Kommunen einzubeziehen. Eine weitere Finanzierungsquelle sind die zahlreichen gut dotierten Förderprogramme auf Landesebene wie „Komm-In“.